

DIE RECHTSBERATER*INNENKONFERENZ

der mit den Wohlfahrtsverbänden zusammenarbeitenden Rechtsanwält*innen

c/o Rechtsanwalt Heiko Habbe, Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg,
Tel. 040-514 93 271 - Mail: ra.habbe@gmx.de

SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken und Lars Klingbeil
SPD-Generalsekretär Matthias Miersch
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Stuttgart, 27.3.2025

Offener Brief zu den geplanten Änderungen im Migrationsrecht

Sehr geehrte Frau Esken,
sehr geehrter Herr Klingbeil,
sehr geehrter Herr Miersch,

wir wissen, dass die aktuellen Koalitionsverhandlungen herausfordernd sind und Kompromisse unvermeidlich scheinen. Als Anwält*innen im Migrationsrecht erfüllen uns einige jetzt bekanntgewordenen Details dennoch mit Sorge. Daher möchten wir Sie ermutigen, sich für zentrale Errungenschaften im Migrationsrecht einzusetzen. Einige der geplanten Verschärfungen stehen nicht nur im Widerspruch zu den eigenen Zielen der künftigen Koalition, sondern werden langfristig integrations- und rechtsstaatliche Probleme verstärken.

- Die bestehenden **Bleiberechtsregelungen** vermeiden Kettenduldungen und fördern Integration. Eine Einschränkung würde die Zahl der Geduldeten unnötig erhöhen, Betroffene in Unsicherheit lassen und Verwaltungslasten erhöhen. §§ 25a, 25b, 25 Abs. 5 AufenthG sollten beibehalten, das Chancen-Aufenthaltsrecht verlängert und weiterentwickelt werden.
- Der **Amtsermittlungsgrundsatz im Asylrecht** muss erhalten bleiben. Er ist zwingende Ausprägung des Grundrechts auf effektiven Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4 GG). Gerichte müssen Sachverhalte weiterhin umfassend prüfen können, um faire Entscheidungen zu gewährleisten.
- Im **Staatsangehörigkeitsrecht** sollten Hürden für die Einbürgerung nicht über Gebühr erhöht werden. Der Ausschluss von Schutzberechtigten mit befristeten Aufenthaltstiteln belastet die Verwaltung unnötig; ebenso wie die angedachte Verschärfung der Verlustgründe birgt er zudem integrationspolitische und rechtsstaatliche Risiken.

Wir appellieren an Sie, in diesen Punkten standhaft zu bleiben und sich für ein Migrationsrecht einzusetzen, das Rechtsstaatlichkeit, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Eine ausführliche Fassung dieser Stellungnahme mit weiteren Punkten finden Sie unter <https://rechtsberaterkonferenz.de/stellungnahme-koalition-2025>.

Mit freundlichen Grüßen

Der Sprecher*innenrat der Rechtsberater*innenkonferenz

Rechtsanwältin Katharina Camerer, München

Rechtsanwalt Heiko Habbe, Hamburg

Rechtsanwältin Oda Jentsch, Berlin

Rechtsanwalt Marcel Keienborg, Düsseldorf

Rechtsanwältin Antonia Plettenberg, Billerbeck

*Die Rechtsberater*innenkonferenz der Wohlfahrtsverbände ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Rechtsanwält*innen, die in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden Deutscher Caritasverband, Diakonie Deutschland, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Arbeiterwohlfahrt es sich seit vielen Jahren zur Aufgabe gemacht haben, Rechtsberatung für Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge durchzuführen. Ihre Mitglieder treffen sich regelmäßig zum Informations- und Meinungsaustausch, geben Fachpublikationen heraus und melden sich öffentlich zu Wort, wenn es um Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge geht.*

Der Sprecher*innenrat der Rechtsberater*innenkonferenz:

RA'in Katharina Camerer, München; RA Heiko Habbe, Hamburg; RA'in Oda Jentsch, Berlin;
RA Marcel Keienborg, Düsseldorf; RA'in Antonia Plettenberg, Billerbeck